

zu TOP

Mainz, 20.12.2016

Anfrage 1759/2016 zur Sitzung am 08.02.2017

Kooperation der Stadt Mainz mit dem islamischen Moscheeverband Ditib (AfD)

Nach einer Initiative der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung die Verhandlungen über einen Rahmenvertrag bezüglich eines islamischen Religionsunterrichtes mit dem türkisch-islamischen Moscheeverband Ditib ausgesetzt. Die Nähe des islamischen Ditib-Verbandes zum türkischen Staat und damit zum totalitär regierenden Staatspräsidenten Erdogan ist durch wissenschaftliche Gutachten der Landesregierung belegt. Die Imame in den Ditib-Moscheen sind türkische Staatsbeamte und erhalten ihre Anweisungen aus der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Es bestehen daher größte Zweifel an der grundgesetztreue von Ditib.

Wir fragen an:

1. Kooperiert die Stadt Mainz mit dem islamischen Verband Ditib oder einer seiner Nebenorganisationen?
 - a) Wenn ja, mit wem konkret?
2. Ergeben sich daraus finanzielle Konsequenzen für die Stadt Mainz?
 - a) Wenn ja, in welcher Höhe?
3. Seit wann erfolgt diese Kooperation?
4. Wenn eine städtische Kooperation erfolgt: Wie verträgt sich dies mit der Ausrichtung und der Abhängigkeit von Ditib vom türkischen Staat und der Entscheidung der Landesregierung, die Verhandlungen mit Ditib nicht weiter zu führen?
5. Wird von Seiten der Stadt auch weiterhin die Kooperation mit Ditib gesucht?

Heinz-Werner Stumpf
Fraktionsvorsitzender